

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896**

237 (9.10.1896) I. Blatt

**Ausgaben**  
Wöchentlich zwölf mal.  
Abonnementpreis:  
Vierteljährlich:  
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Bestellgebühr 2 Mark 60 Pf. Vorauszahlung.

# Badische Landeszeitung.

**Anzeigegebühren:**  
Die 10spaltige Kolonne oder deren Raum 20 Pf., im Reklametheile 60 Pf.  
**Bemerkungen:**  
Unbenutzt gebliebene Einserungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Redaktion und Expedition: Girschstraße 9.

Telephonanschluß Nr. 401.

Nr. 237. I. Blatt.

Karlsruhe, Freitag, den 9. Oktober

1896

## Bestellungen

auf das 4. Quartal der „Badischen Landeszeitung“ werden noch fortwährend bei allen Postanstalten und Postboten, sowie in Karlsruhe bei unseren Agenturen, von unseren Trägern und in unserem Kontor (Girschstraße 9a) entgegengenommen.

Die seit 1. Oktober erschienenen Nummern werden auf Wunsch nachgeliefert, soweit der Vorrat reicht; wir machen jedoch darauf aufmerksam, daß der Wunsch bezüglich der Nachlieferung auch bei Post-Abonnements ausdrücklich ausgesprochen werden muß, widrigenfalls die Post nur vom Tage der Bestellung an liefert.

Der Bestellungspreis beträgt für Karlsruhe vierteljährlich, durch eine Agentur bezogen: 2 M. 50 Pf., in das Haus gebracht 2 M. 80 Pf., durch die Post (ohne Zustellgeb.) 2 M. 60 Pf. bei Vorauszahlung.

Verlag der Bad. Landesztg.

## Zur Lehrerbildungsfrage.

Von einem Lehrer wird uns geschrieben:  
Aus Baden. In der „Bad. Schulzeitung“ ließ sich neulich eine Stimme vernehmen, die nicht ganz einverstanden ist mit den neuen „Erzragungsstellen“, welche die geplante Durchführung des „Heidelberger Programms“ bereits geneigt hat. Die Lehrer haben jetzt allerdings erreicht, daß sie statt 6 Wochen auch ein Jahr dienen dürfen und der Artifizier der „Bad. Schulztg.“ meint: „Wenn Studierende anderer Stände sich diesen Schein holen, haben sie etwas ganz anderes im Auge als die Ehre. Sie müßten zwei Jahre (früher drei) dienen, welche Zeit sie durch den Berechtigungschein auf die Hälfte reduzieren; dadurch gewinnen sie einen Jahresgehalt. Mit dem können sie ihre Ehre bezahlen. Wir Lehrer aber verlieren einen Jahresgehalt und müssen obendrein die Ehre bezahlen oder wir gelten als Reservisten 2. Klasse. Ehre und Ansehen sind schöne und nach einer gewissen Seite notwendige Dinge für alle Menschen. Aber das Einjährige bringt uns auf der Seite, wo das Ansehen am nötigsten ist, in unserem Wirkungskreis, nicht mehr Ansehen, als bis jetzt auch ein Lehrer ohne diese Auszeichnung sich in hohem Grade erwerben konnte. Andererseits wird es im Verhältnis zu anderen Ständen zu teuer bezahlt. Noch ein paar solche „Erzragungsstellen“, besonders teure Vorbildung, und unser Lehrerbau wird nach außen auf's prunkvollste eingerichtet, während es im Innern mangelhaft ausgestattet wäre. Oder wird wohl der Staatsfiskus in nächster Zeit wieder so ergiebig aufstehen, wie es im Verhältnis zu den gestiegenen Anforderungen notwendig wäre? Es könnte noch auf den unabweislichen Lehrermangel hingewiesen werden; aber es gibt nun doch nichts mehr. Diese Forderungen haben auch nur den Zweck, darauf hinzuwirken, bei den künftigen Forderungen, besonders bei der Lehrerbildung, doch die materiellen Opfer, die notwendig werden, nicht gar zu sehr als Bagatelien zu behandeln. Wer ein paar Söhne hat, von denen der eine, oder auch vielleicht mehrere, Lehrer werden wollten, der wird mir gewiß zustimmen.“

Wir nehmen Notiz von dieser Neußerung eines Lehrers, um in erster Linie zu konstatieren, daß diejenigen liberalen Blätter, die bisher zu langamerem und gemäßigterem Vorgehen der Lehrer gemahnt haben, nicht als „Feinde des Lehrerstandes“ gehandelt haben; denn wie obige Notiz beweist, giebt es auch noch Lehrer, die ebenso denken, nur sind es bisher die schwächeren Ständeangehörigen gewesen und die hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Fachpresse bisher derartige Neußerungen gegenüber sich einfach verschloß. Wir freuen uns in zweiter Linie über diese Neußerung, weil sie zeigt, daß es auch Lehrfamilien, namentlich auf dem Lande giebt, die einen oder den anderen Sohn gerne dem Stande des Vaters zuführen, weil eben die Verhältnisse es so anraten; dazu kommt, daß es auch noch viele Familien des Bauern, Gemeinde- und Beamtenstandes giebt, die ebenso denken.

Was das Gespenst des Lehrermangels anbelangt, mit dem von gewisser Seite immer gedroht wird, so ist doch zu konstatieren, daß es einen Lehrermangel eigentlich gar nicht giebt; höchstens kann von einem zeitweiligen Mangel an katholischen Lehrern gesprochen werden, und der ist in anderen Dingen begründet. Dagegen ist Ueberfluß an evangelischen Lehrern und die legitime ver-

öffentlichen Resultate der Lehrerinnenprüfungen brachten ja eine wahre Sintflut von Kandidatinnen. Wenn also ein Teil der Lehrer das Heil des Standes in der Herbeiführung eines Lehrermangels sucht, so handelt er unseres Erachtens nicht einmal klug; denn er trägt höchstens dazu bei, daß minderwertige Kräfte in den Stand kommen, die das Ansehen des Standes gewiß nicht heben; oder er bewirkt die Berufung auswärtiger Kräfte, die unseren eigenen Landeskindern das Brot entziehen, oder er fördert die Anstellung von Lehrerinnen, deren feinerzeitige Berufung der badische Lehrerstand auch nicht gerade freudig begrüßt hat.

Was uns aber die obige Auslassung eines Lehrers noch besonders beweist, ist die Tatsache, daß es auch noch Standesangehörige giebt, die mit den neuen „Erzragungsstellen“ nicht einverstanden sind, die sich unter den bisherigen Verhältnissen wohl gefühlt haben, und das ist der größere Teil des Lehrerstandes. Es wäre auch psychologisch unerklärlich, wie ein Stand, nachdem seine Verhältnisse sich gebessert, unzufriedener sein sollte, als vorher.

Wir wiederholen auch an dieser Stelle, was wir schon oft ausgesprochen haben: Die Frage der Lehrerbildung ist eine allgemeine soziale Frage und sie darf und sie wird nicht allein vom Lehrstande aus gelöst werden, sondern auch vom Volke aus, namentlich vom Mittelstande, der ein großes Interesse daran hat, daß seinen Söhnen, die nicht an der häuslichen Scholle kleben bleiben, aber in Mäßigkeit auf die Geldmittel auch nicht dem höheren Studium zugeführt werden können, noch ein Beruf offen steht, der ohne zu große Opfer zu erreichen ist und der einer großen Zahl von Kindern unseres Landes eine ehrenvolle Lebensstellung bietet. Was die finanzielle Seite dieses Berufes anbelangt, so sind wir auch der Meinung, daß eine Gleichstellung der Lehrer mit den anderen Beamten gleicher Vorbildung kommen muß und daß diese Gleichstellung bei richtigem Vorgehen der Lehrer bald kommen muß.

## Vom Tage.

Karlsruhe, 8. Okt.

### Konvertierungen.

Als vor kurzem Bayern die Konvertierung seiner Staatspapiere ankündigte, da war die Ansicht allgemein, daß nunmehr auch eine Konversion der ägyptischen deutschen Reichsanleihe und der preussischen Staatsanleihe folgen werde. Ueber die Konvertierung dieser Papiere ist schon im vorigen Jahre in den Parlamenten wiederholt verhandelt worden. Die leitenden Finanzmänner aber lehnten die Umwandlung vorläufig ab, da dem finanziellen Staatsinteresse vorläufig noch zu einschneidende Einzelinteressen entgegenstanden. Inzwischen konnte man annehmen, daß die Konvertierung nur noch eine Frage der Zeit sei, und von diesem Gesichtspunkte aus wurden auch alle die Ablehnungen, die nach dem Bekanntwerden der bayrischen Konvertierung von offizieller Seite der Ansicht entgegengekehrt wurden, daß nunmehr das Reich und Preußen folgen müßte, als nicht stichhaltig zurückgewiesen. Die Zweifler an den offiziellen Dementierungen haben jetzt Recht behalten. Das offiziöse „Wolfsbüchlein“ vermeldet folgende Depesche: „Sicherem Vernehmen nach wird den parlamentarischen Körperschaften in der bevorstehenden Session wegen Konvertierung der ägyptischen Reichs- und preussischen Staatsanleihe in 3/4prozentige eine Vorlage gemacht werden.“ Daß für diese Konversion mancherlei schwerwiegende, finanzpolitische Gründe sprechen, liegt auf der Hand, und das gute Gelingen der bayrischen Konversion ist außerdem geeignet, mancherlei Befürchtungen, welche an die Umwandlung so großer Posten deutscher Staatspapiere geknüpft werden, zu zerstreuen. Daß aber andererseits auch das Gewicht der Einzelinteressen, von denen uns in erster Linie die Konversion bekämpft worden ist, nicht abgenommen hat, versteht sich von selbst. Doch werden die Bedenken dieser Art schwerlich ausreichen, um die Konversion zu verhindern.

### Der nationalliberale Parteitag.

findet in der Presse eine sehr eingehende Besprechung. Nicht nur die Parteimitglieder, auch unsere Gegner von rechts und links beschäftigen sich sehr eifrig mit den Ergebnissen. Daß die Blätter der anderen Parteien kein gutes Haar an dem Parteitage lassen, versteht sich von selbst, und die „Köln. Ztg.“ hat nicht ganz unrecht, wenn sie schreibt, daß der andere Fall ein bedenkliches Symptom für den Verlauf des Parteitages sein würde. Daß unsere guten

Freunde jedes Ergebnis des Parteitages „verrissen“ haben würden, wie es auch ausgefallen wäre, liegt im Wesen des Parteilebens überhaupt und in der gebärgigen Form, welche das Fraktionswesen in Deutschland angenommen hat, im besondern. Es ist thätiglich fast soweit gekommen, daß die nationalliberale Partei, wenn sie einmal von anderen Parteien gelobt wird, sich fragen muß, ob sie nicht einen Fehler gemacht hat. Daß natürlich die Urteile unserer Gegner unter diesen Umständen keine Spur von Gewicht haben, versteht sich von selbst, und es mag genügen, wenn man darauf hinweist, daß in allen diesen Blättern der Refrain: „Es bleibt beim alten, die Partei hat sich selbst gerichtet“, wiederkehrt, verbrämt mit den üblichen häßlichen Ausfällen persönlicher Natur. Von Bedeutung ist und bleibt nur, was die nationalliberale Presse über den Parteitag sagt. Und da lautet das Urteil ziemlich übereinstimmend dahin, daß die Partei alle Urtheile habe, mit dem Verlauf des Parteitages zufrieden zu sein. Namentlich ist die Freude übereinstimmend darüber, daß auch die beiden äußersten Flügel der Partei sich dem Ganzen wieder eingefügt haben, und daß das Einigende in den Vordergrund gestellt worden ist, die Aufgaben nämlich, welche die Partei als Mittelpartei in nationaler und politischer Beziehung noch zu erfüllen hat. Etwas weiter gehen die Urteile über die Beschlässe in wirtschaftlichen Fragen auseinander. Aber auch hier wird die Festhaltung der Partei an den Aufgaben, die eine vermittelnde und versöhnende Haltung mit sich bringen, mit Freuden begrüßt. Selbst das am weitesten links stehende Blatt, die „Nat.-Ztg.“, die auf dem Parteitag selbst wegen ihrer Haltung vor demselben scharf getadelt wurde, erkennt dies und das Bestreben, bei aller „Freiheit in wirtschaftlichen Dingen“ feste Grenzlinien zu ziehen, als gelungen an. Das Blatt schreibt u. a.:

„Und um ganz gerecht zu sein, muß auch festgestellt werden, daß nach den Erklärungen der Vorstandredner die beschlossene Zurückweisung von Forderungen, welche in einseitiger Berücksichtigung der Interessen eines Berufsstandes andere für den Staat gleich wichtige Berufsstände empfindlich zu schädigen oder die Grundlagen unserer Volkswirtschaft unumstößlich geeignet sind, die Zurückweisung des Antrages Kanth bedeuten sollte. Darüber konnte, soweit derartige Erklärungen reichen, kein Zweifel bestehen, und der agrarische Gegenantrag Damm, sowie die Neben dieses Antragstellers und der Herren Graf Oriola und v. Deyl beweisen, daß auch auf dieser Seite der Satz nicht anders aufgefaßt wurde. Wir haben vor dem Beginn des Delegiertentages wiederholt darauf hingewiesen, daß selbst bei vollständiger Vergeblichkeit der Bemühungen, die in der „National-Ztg.“ ihren Mittelpunkt gefunden hatten, eine Session unter den obwaltenden Umständen zwecklos wäre. Je mehr liberale Fraktionen, um so schwächer der Liberalismus. Ohne eine derartige kurzlebige Neubildung, sagten wir, müßte weiter an der Befestigung des liberalen Parteiwesens gearbeitet werden. Dies gilt jetzt um so mehr, nachdem der Parteitag, wie wenig wir auch durch seinen Verlauf befriedigt sind, doch die schlimmsten Besorgnisse nicht bestätigt, vielmehr ergeben hat, daß die Preis-Erörterungen der letzten beiden Monate keineswegs völlig vergeblich waren. Die Zurückweisung der Kantherei und das rückhaltlose Verbleiben zur Goldwährung ist immerhin etwas. Es gilt also, weiterzuarbeiten.“

Daß es im Interesse der Arbeit besser gewesen wäre, wenn die Fassung der auf die Grenzen der wirtschaftlichen Freiheit bezüglichen Resolution etwas schärfer und prägnanter gehalten worden wäre, ist nicht zu leugnen. Doch giebt auch die jetzige Fassung den Grundgedanken der Partei, keine einseitigen Interessen zu begünstigen, klar und bestimmt wieder. — Zudem wir uns eine eingehendere Besprechung der Resultate des Parteitages vorbehalten, sei heute nur noch darauf hingewiesen, daß der für Baden wichtigste Teil der Verhandlungen derjenige war, zu dem Professor Meyer-Heidelberg Stellung genommen hat: die scharfe Abgabe des Parteitages gegen alle Zugeständnisse, welche dem Ultramontanismus von der Regierung gemacht werden sollten. Das ist eine Frage, die in alle Zweige unseres öffentlichen Lebens tief eingreift, und deren Erörterung in dem erwähnten Sinne gerade in Baden mit unvorhersehener Freude und Begeisterung begrüßt werden muß.

## Deutsches Reich.

\* Berlin, 7. Okt. Der preussische Landtag wird in der zweiten Hälfte des November wieder zusammentreten. Es besteht die Absicht, die Generalberatung der wichtigeren Gesetzentwürfe vor Weihnachten erledigen zu lassen, damit die Staatsberatung nach Neujahr nicht gestört werde. Die Aufbesserung der Beamtenbesoldungen erfordert 27 Millionen. Eine Konversion ist zu diesem

## Der Zar in Frankreich.

Eindruck des Empfangs auf das Zarenpaar.  
Die Blätter berichten: Der Empfang in Paris machte auf das Kaiserpaar einen tiefen Eindruck, besonders die Kaiserin äußerte sich enthusiastisch und voll Entzücken. Der Kaiser bemerkte gegenüber dem Präsidenten Faure und den ihm vorgestellten politischen Persönlichkeiten wiederholt: Ich werde niemals diesen Tag vergessen. Die offiziöse „Agence Havas“ weiß zu berichten: In offiziellen Kreisen versteht man, daß der Kaiser von Auslands sich in vertraulichem Verkehr sehr gerührt zeigte und seine ganze Genugthuung über die so glänzenden Pariser Festlichkeiten und den so warmen und zugleich so würdigen Empfang seitens der Bevölkerung ausdrückte. Man sei in diesen Kreisen der Meinung, daß diese Feste sicher dazu beitragen werden, die Union Frankreichs und Auslands in dauerhafter Weise zu festschreiben.

### Die Pariser Presse über die Trinksprüche.

Die Blätter fahren fort, den 6. Okt. als einen geschichtlichen Tag zu feiern, der von jetzt an ein geschichtlicher sei. Das „Siecle“ hebt hervor, daß beide Trinksprüche die Worte enthalten: „Die Bande, welche uns vereinen.“ Dieser Austausch einer gewiß vorher studierten Wendung sei ein Beweis, daß zwischen den beiden Regierungen mehr bestimme als eine natürliche Sympathie und mehr als selbst ein unbestimmt definiertes Einverständnis. Das „Journal“ sagt: Der Trinkspruch des Kaisers habe dem zwischen Frankreich und Auslands bestehenden Einverständnis die offizielle Weihe gegeben. „Levenement“ meint, das Bündnis, das bisher unvollständig gezeichnet gewesen sei, sei gestern in definitiver Form niedergeschrieben worden. „Petit Parisien“ sagt, die Allianz sei gestern besiegelt worden. Die republikanischen Blätter sprechen dem Kaiser Dank aus für den Besuch, den er den Präsidenten der beiden Kammern, Douhet und Wilson, abgeleitet habe. Dieser Besuch bedeutete die förmliche Anerkennung der Art und der Konsequenzen des in Frankreich geschaffenen republikanischen Regimes. Der „Matin“ sagt: Frankreich ist keineswegs angegriffen, aber es bellagt immer noch im Stillen die Verluste des Jahres 1870 und ist stark, um von der Zukunft eine Vergeltung zu erhoffen, kraft des Bündnisses mit Auslands. Der Zar diktirt der Welt seinen Willen, also sind auch wir zu dem Glauben berechtigt, daß unsere begrün-

deten Ansprüche fernerhin vor den Augen unserer Nachbarn nicht mehr für kriegerische und annahmende Hoffnungen gelten. Dagegen äußert sich ein Korrespondent der „Frei. Ztg.“ wie folgt über die Trinksprüche: Merkwürdig ist es mit dem Toast von Cherbouze ergangen. Die erste Fassung, die sofort nach dem Diner in Cherbouze selbst den Journalisten mitgeteilt wurde, enthielt nicht die Worte „nation amie“; dieselben besanden sich erst in dem Text, der mit auffälliger Verspätung nach Paris ausgegeben wurde. Trotzdem erschien der Toast noch nicht warm genug, und es wurde offenbar darüber verhandelt, daß der Zar bei dem Diner in Paris wärmer spreche. Die Worte „l'ens province“, die er jetzt gebraucht hat, bedeuten allerdings die Erhöhung des Wärmegrades, aber das Wort „Alliance“ ist vermieden. In politischen Kreisen tröftet man sich damit, daß Faure in seinem Toast, der dem Zaren offenbar zur Billigung vorgelesen hat, zweimal von der Vereinigung („Union“) der beiden Völker gesprochen hat; auch will man wissen, ein noch wärmerer Toast des Zaren sei bei dem Dejeuner nach der Revue von Chalons zu erwarten, was nach dem Bisherigen aber fraglich bleibt. In Privatgesprächen kommt als allgemeiner Eindruck zu Tage, daß man das Auftreten des Zaren etwas kühl findet, während über die herzogwinne Art der Zarin großes Entzücken herrscht.

### Besuche des Zarenpaars.

Mittwoch Vormittag 10 Uhr traf das Kaiserpaar mit dem Präsidenten vor Notre Dame ein, wo sie Erzbischof Kardinal Richard, von den Generalvikaren und den Mitgliedern des Kapitels umgeben, sowie der Justizminister Darlan empfing. Unter Führung des Kardinals besichtigten die Majestäten mit dem Präsidenten das Schiff und die Seitenkapellen sowie nach kurzem Verweilen vor der Grufte Bastiens den Kirchenschatz. Im Jupitervall, wohin sie sich nun begaben, wurden die Herrschaften von dem Justizminister inmitten der Mitglieder des Appell- und Kassationshofes empfangen. In der Sainte Chapelle des Justizpalastes begrüßte sie der Unterrichtsminister. Unter lebhaften Zurufen der Menge begaben sich die Majestäten sodann nach dem Pantheon, an dessen Eingang sie der Unterrichtsminister begrüßte. Die Herrschaften stiegen nach Besichtigung der Freskobilder an den Wänden in das Gewölbe hinab, wo sie einen Augenblick am Grabe Carnots verweilten. Der Kaiser, welcher am Grabe des Vereinigten ein herrliches Blumenarrangement hatte niederlegen lassen, richtete an

die beiden Söhne Carnots die huldvollsten wärmsten und herzlichsten Worte. In der Kirche St. Chapelle wurde den Majestäten die berühmte altlavonische Evangelien-Handschrift aus der Bibliothek zu Rheims gezeigt, auf welche nach der Ueberlieferung die früheren Könige Frankreichs den Eid leisteten. Um 1/2 12 Uhr traf das Kaiserpaar im Juvallidenhôtel ein, wo zahlreiche Generale daselbst erwarteten. Nach Besichtigung des Grabdenkmals Napoleons I., vor welchem der Kaiser einen Augenblick still verweilte, folgte der Kaiser allein mit General Billot und einigen Offizieren in die Kapelle. Sodann begaben sich die Herrschaften durch die Kapelle nach dem Bagarett, dem Speisesaal und dem Artillerie-Museum und verließen das Gebäude durch den Ehrenhof, wo sich die Generale und Juvalliden aufgestellt hatten. Gegen Mittag kehrten die Majestäten zum Frühstück nach der russischen Botschaft zurück. In allen Straßen, welche die Majestäten heute Vormittag passierten, drängte sich eine begeisterte Menschenmenge, welche dem Kaiserpaar fortwährende Huldigungen darbrachte. Unter den Teilnehmern an dem Frühstück in der russischen Botschaft befanden sich der Herzog von Anmale, Prinzessin Mathilde (Bonaparte), der Herzog und die Herzogin von Chartres, die Herzogin von Larochefoucauld, die Herzogin von Lées, der Minister des Auswärtigen Hanotaux, General Voisdesjeze, Admiral Servais, sowie der Herzog und die Herzogin von Magenta.

### Einweihung der Alexanderbrücke.

Am 2 1/2 Uhr verließ der Kaiser und die Kaiserin das russische Botschaftspalais, um der Feier der Grundsteinlegung der Brücke Alexanders III. beizumohnen. Auf der ganzen von dem Kaiserpaar durchfahrenen Strecke wurden die Majestäten von einer großen Volksmenge begeistert begrüßt. Die Feier der Einweihung nahm einen glänzenden Verlauf; es wurde eine Ode auf Kaiser Nikolaus verlesen; junge Mädchen, von einem Schiffe herabsteigend, überreichten der Kaiserin Blumen in einer Kasse aus eisernerem Silber. Der Handelsminister hat den Kaiser, den ersten Stein zur Brücke mit dem Präsidenten Faure zu legen, um dergestalt dem großen Werke der Zivilisation und des Friedens die hohe Weihe des Kaisers und die huldvolle Patronage der Kaiserin zu weihen. Das Kaiserpaar verneigte sich und unterzeichnete darauf das Protokoll. Hierauf nahmen der Kaiser und der Präsident Faure die Reite und thaten nach Einführung des Mörkels die ersten Hammerschläge.





